

»Das Übel an der Wurzel anpacken«

Bundestagsabgeordneter Ralph Brinkhaus schwimmt gegen vermeintliche Mehrheitsmeinungen in der CDU

■ Von Stefan Küppers

Altkreis Halle (WB). Seinen Redaktionsbesuch in den neuen Räumen des WESTFALEN-BLATTes in Halle hat der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus dazu genutzt, bei aktuellen Fragen seine konservative Position zu betonen. Dabei steht der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes durchaus auch im Gegensatz zu vermeintlichen Mehrheitsmeinungen innerhalb seiner Partei, wie zum Beispiel bei den Themen Mindestlohn und Sekundarschule.

Nein zum Mindestlohn

»Die gegenwärtige Diskussion um den Mindestlohn sehe ich kritisch«, sagt Brinkhaus. Erstens solle man nicht den Eindruck vermitteln, dass man von einem Mindestlohn leben könne. Zweitens würden durch dieses verbindlich und flächendeckend eingeführte Instrument Arbeitsplätze vernichtet. »Bestimmte Menschen sind für bestimmte Löhne einfach nicht einsetzbar«, sagt Brinkhaus und führt aus: »Warum arbeiten Menschen für so wenig Geld? Hier geht es um deren fehlende Qualifikation und ihre Lebensumstände. Man muss das Übel an der Wurzel und nicht am Ende anpacken.«

Für Brinkhaus ist die Mindestlohn-Debatte eine Beruhigungspille, eine Placebo-Diskussion. »Nichts wird dadurch gut und wir kriegen andere Probleme.« Er hält es für den besseren Weg, »sittenwidrige Löhne« anzuprangern und zu bekämpfen. Brinkhaus: »Da gibt es Instrumente, aber die werden nicht genutzt.«

Derzeit gebe es mit 29 Millionen so viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse wie noch nie. Brinkhaus: »Es ist doch so. Wer heute einen ordentlichen Beruf lernt, wird keine Probleme

haben. Die gibt es höchstens auf der individuellen Ebene.«

Ja zu Haupt- und Realschule

Die Betrachtungen zum Arbeitsmarkt führen Brinkhaus zur Bildungspolitik. Hier sieht er die Diskussionen um die neue Sekundarschule in NRW durchaus kritisch. Ihm wäre lieb, wenn Haupt- und Realschulen weiter gestärkt würden. »Im Land werden leider Sachen schlecht gemacht, die nicht schlecht sind«, sorgt sich Brinkhaus wegen »ideologiegetriebener Debatten« um neue Schulformen. »Das Rückgrat der Wirtschaft im Kreis Gütersloh sind doch die Facharbeiter, die Meister, die Techniker auch ohne ein Abitur. Die haben oft mehr Ahnung von der Sache als mancher Ingenieur. Und die Kompetenz dazu wird auch an unseren Realschulen und Berufskollegs vermittelt.«

»A 33 wird durchgebaut«

Im Zusammenhang mit Wirtschaftsfragen sieht Brinkhaus die Stärkung der heimischen Infrastruktur von besonderer Wichtigkeit, und hier den Weiterbau der A 33 an erster Stelle. Den jüngsten Debatten um mögliche Verzögerungen misst der Bundestagsabgeordnete keine große Bedeutung bei. »Der Bau der A 33 geschieht in Auftragsverwaltung durch das Land NRW. Ich verlasse mich hier auf Aussagen von NRW-Verkehrsminister Voigtsberger, der in Halle zugesagt hat, dass durchgebaut wird«, sagt Brinkhaus.

Kritisch kommentiert er die Klage der Umweltverbände gegen die A 33. »Es ist keine gute Entwicklung, wenn versucht wird, demokratisch gefasste Entscheidungen immer wieder auszuhebeln.« Das Verbandsklagerecht, bei dem die Klageführer von außerhalb kommen, wertet er als problematisch.

»Umlage demotiviert«

Verärgert kommentiert der CDU-Kreisvorsitzende die Debatte um die Abundanzumlage, die die



Mindestlohn, Schuldebatte, A 33 und Euro-Krise: (rechts) stellt im Gespräch mit Redakteur Stefan Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus | Küppers seine Positionen heraus. Foto: Schillig

steuerstarken Kommunen im Kreis verpflichtet, notleidende Städte in NRW zu unterstützen. Brinkhaus: »Das ist im Kern eine große Demotivierung, da das jahrelange Bemühen um gute Haushalte nicht belohnt wird.« Der Kreis Gütersloh als Ganzes werde durch die neue Umlage deutlich schlechter gestellt, stattdessen Städte im Ruhrgebiet gestärkt. »Warum gibt es denn gerade in NRW so viele hoch verschuldete Kommunen. Das sind doch nicht alles nur Opfer. Hier hat es in vielen Kommunen auch sehr konkrete Fehlentscheidungen gegeben«, sagt Brinkhaus.

Nicht nur das Ruhrgebiet, auch diese Region habe einen Strukturwandel zu schultern gehabt, beispielsweise in der Textil- und Möbelindustrie. Brinkhaus: »Dass es uns im Kreis relativ gut geht, ist doch kein unverdientes Glück. Das haben wir uns hart erarbeitet.«

»Lage nicht ungefährlich«

Viel gefragt wird der Diplom-Ökonom, Steuerberater und Betriebswirtschaftler Brinkhaus derzeit zur Euro-Krise. Für die wachsende Verunsicherung in der Bevölkerung zeigt Brinkhaus Verständnis: »Die Welt ist sehr kompliziert geworden und Entscheidungen müssen immer schneller getroffen werden. Es gibt auch keine einfachen Schwarz-Weiß-Lösungen mehr.« Insofern gebe es in der Euro-Krise viele gute Gründe für den Weg der Kanzlerin, ebenso aber auch für die Haltung von Rettungsschirm-Gegner Bosbach.

»Die Lage insgesamt ist nicht ungefährlich«, räumt Ralph Brinkhaus ein. Doch sieht er Deutschland in einer ausreichend starken Position. Dieses Land habe es verkraftet, rund 1,2 Billionen Euro (1200 Milliarden) für den Aufbau der ehemaligen DDR aufzubrin-

gen. Das müsse man sehen, wenn man über 250 Milliarden für die Euro-Rettung spreche. Ein Zusammenbruch des Systems werde viel teurer als 250 Milliarden. Brinkhaus: »Wichtig ist die Frage, was wir für das Geld kriegen.« Der Finanzfachmann sieht einige richtige Schritte, die zum Beispiel in Portugal, Irland und Spanien unternommen worden seien. »Spannend ist, wie Italien mit seinen Problemen umgeht.«

Deutschlands Substanz sei gut. Aber diese müsse erhalten bleiben mit einer weltmarktfähigen Industrie, einer guten Ausbildung und Infrastruktur. »Dafür aber müssen wir unser Verschuldungsproblem lösen«, betont er. Denn zu den rund zwei Billionen Euro offizieller Staatsverschuldung kommt laut Brinkhaus noch ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft aus der Sozialversicherung: rund vier Billionen Euro.